



Pressemitteilung

92/2026

04. Mai 2026

Sperrfrist: 4. Mai 2026, 15:00 Uhr

Süddeutscher Biogasgipfel: Hauk und Kaniber fordern Biomassepaket 2.0 im Rahmen der EEG Novelle/ Ulmer Erklärung unterzeichnet

Minister Peter Hauk MdL: „Wer Biogas im Süden stärkt, stärkt die Versorgungssicherheit in ganz Deutschland. Biogas ist der Garant für eine sichere Energieversorgung.“

Staatsministerin Michaela Kaniber MdL: „Biogas ist für viele Höfe eine tragende Säule. Es sorgt für Einkommen, schafft regionale Wertschöpfung, liefert gleichzeitig erneuerbare Energie und sorgt für mehr Krisenresilienz.“

„Der Süden ist das Rückgrat der deutschen Bioenergie. In Baden-Württemberg und Bayern stehen zusammen mehr als 3.700 Biogasanlagen. Das sind fast 40 Prozent aller deutschen Anlagen. Biogas ist der zentrale Baustein für eine nachhaltige und regionale Energieversorgung. Die Erzeugung von Biogas verbindet Klimaschutz mit Wertschöpfung im Ländlichen Raum und zeigt, wie Landwirtschaft und Energiewende Hand in Hand gehen. Mit der ‚Ulmer Erklärung‘ fordern wir den Bund auf, den Anlagenbetreibern endlich verlässliche Perspektiven zu geben und Biogas in Deutschland eine Zukunft zu ermöglichen. Wer Biogas im Süden weiter schwächt, gefährdet die Versorgungssicherheit in ganz Deutschland“, sagte Minister Peter Hauk MdL am Montag (4. Mai) anlässlich des Süddeutschen Biogasgipfels in Ulm.

Biogasgipfel bringt Branche zusammen

Der erste Biogasgipfel, der auf Initiative der beiden Landwirtschaftsminister aus Bayern und Baden-Württemberg veranstaltet wird, bringt Branchenführer, politische Entscheidungsträger und Experten aus der Biogasbranche zusammen. Im Mittelpunkt steht die Zukunft von Biogas in Baden-Württemberg, Bayern und Deutschland. „Uns geht es darum gemeinsam gute Lösungen für die Herausforderungen der Branche zu finden und den dringenden Handlungsbedarf gegenüber dem Bund zu adressieren“, so die beiden Minister.

Biomassepaket 2.0 überfällig

„Baden-Württemberg und Bayern stehen heute gemeinsam für Biogas ein. Mit der ‚Ulmer Erklärung‘ geben wir ein Signal an den Bund, längst überfällige Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit von Biogasanlagen und deren Integration in den Energiemarkt zu schaffen“, sagte die Bayerische Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus, Michaela Kaniber MdL, bei der Vorstellung der ‚Ulmer Erklärung.‘

In den kommenden Jahren läuft für mehr als ein Drittel der süddeutschen Biogasanlagen der 20-jährige Vergütungszeitraum nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz aus. Ohne verlässliche Anschlussperspektiven drohen intakte Anlagen stillgelegt zu werden. Beide Minister sehen deshalb akuten Handlungsbedarf in Berlin.

„Biogas ist ein Garant für Strom und Wärme. Und das auch wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Das Biomassepaket vom Januar 2025 war deshalb ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Jetzt muss ein Biomassepaket 2.0 folgen. Der aktuelle Entwurf zum EEG 2027 reicht nicht einmal dafür aus, den Bestand zu erhalten. Wir brauchen deutlich höhere Ausschreibungsvolumina ab 2027. Außerdem fordern wir einen Flexibilisierungszuschlag von 130 Euro pro Kilowatt und einen zügigen Netzzugang. Wir brauchen ebenso eine Nationale Strategie für grüne Gase. Biogase, insbesondere Biomethan und biogene Wasserstoffderivate, müssen dabei gleichberechtigt neben dem Wasserstoff stehen“, sagte Minister Hauk.

„Ich bin davon überzeugt: Biogas ist Zukunft. Unsere Biogasanlagen sind Herzstück lebendiger ländlicher Räume und für viele unserer bäuerlichen Familienbetriebe ein zweites Standbein. Wir brauchen ein Ausschreibungsvolumen von mehr als 2.000 Megawatt pro Jahr und Übergangsregelungen für Anlagen, die keinen Zuschlag erhalten haben. Der Maisdeckel muss weg. Güllekleinanlagen müssen endlich flexibel arbeiten können: Dazu reicht eine kleine Änderung im Gesetz bei den Gülleanlagen: Bemessungsleistung statt installierter Leistung“, so Staatsministerin Kaniber.

Biogas – heimisch, speicherbar, systemrelevant

Biogas ist die einzige erneuerbare Energie, die bei Dunkelflauten verlässlich einspringt. Flexibilisierte Biogasanlagen könnten bis 2030 rund 12 Gigawatt und langfristig bis zu 24 Gigawatt gesicherte Leistung bereitstellen. Biogas ist damit ein tragender Pfeiler der Versorgungssicherheit und zugleich eine echte Alternative zu teurem und unsicherem Gasimport. Darüber hinaus stärkt Biogas die Wirtschaftskraft in Ländlichen Regionen. Minister Peter Hauk und Staatsministerin Michaela Kaniber fordern deshalb den Bund auf, Biogas in seiner Kraftwerksstrategie zu verankern. Nur so lässt sich fossiles Erdgas in erheblichem Umfang einsparen.

Baden-Württemberg und Bayern gehen voran

Baden-Württemberg hat im Juli 2023 die Biogasstrategie Baden-Württemberg verabschiedet. Mit dem Förderprogramm ‚Zukunft Biogas Plus‘ unterstützt das Land die Ertüchtigung und den Weiterbetrieb von Biogasanlagen. Von 55 eingereichten Projekten fördert das Land 20 Leuchtturmvorhaben mit insgesamt 7 Millionen Euro. Das bewegte Investitionsvolumen liegt bei rund 32 Millionen Euro. Jeder Euro Landesmittel löst vier bis fünf Euro private Investitionen aus.

Bayern hat mit rund 2.700 Biogasanlagen die meisten Biogasanlagen in Deutschland vorzuweisen. Deshalb setzt sich die Bayerische Staatsregierung bereits seit Jahren für bessere Rahmenbedingungen für die Biogasbranche ein. Die Informationskampagne ‚Biogas ist mehr!‘

Aus der Landwirtschaft für Bayern hat die Leistungen der Branche in allen bayerischen Regierungsbezirken sichtbar gemacht.

Gemeinsames Signal an die Bundesregierung

„Mit der Unterzeichnung der ‚Ulmer Erklärung‘ und mit klaren Handlungsempfehlungen machen wir deutlich, dass es schnelles Handeln braucht, um mit Biogas eine verlässliche und regionale Energiequelle zu sichern. Dieses Signal ist uns sehr wichtig. Biogas macht uns krisenfester. Wir gewinnen Energie aus dem, was bei uns vor Ort anfällt – aus Gülle, Mist und Reststoffen. Das ist verlässlich, speicherbar und jederzeit verfügbar. So werden wir ein Stück unabhängiger von Importen und stabilisieren unsere Energieversorgung“, sagte Staatsministerin Kaniber.

„Seitens des Landes stehen wir hinter der Bioenergie und allen Beteiligten entlang dieser Wertschöpfungskette. Die Ulmer Erklärung ist unser gemeinsamer Ruf in Richtung der Bundesregierung, bevor unersetzliche Infrastruktur für immer verloren geht. Wir erwarten, dass unsere sieben Forderungen bei der EEG-Novelle aufgegriffen werden“, sagte Minister Hauk abschließend.

Ulmer Erklärung

Die sieben Forderungen der Ulmer Erklärung im Überblick:

1. Massive Erhöhung der Ausschreibungsvolumina für Biogas ab 2027
2. Flexibilisierungszuschlag auf 130 Euro pro Kilowatt
3. Zügiger Netzzugang für Biogasanlagen
4. Rücknahme der Reduzierung des Maisdeckels
5. Flexibilisierung von Güllekleinanlagen durch Umstellung von installierter Leistung auf Bemessungsleistung

6. Aufnahme von Biogas in die Kraftwerksstrategie
7. Umfassende nationale Strategie für grüne Gase

Hintergrundinformationen:

Ulmer Erklärung im Wortlaut als Anlage zu PM und auf der MLR-Webseite.

Weitere Informationen zur Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg (LSNB) finden Sie unter folgendem Link:

[Weitere Informationen zur Landesstrategie Nachhaltige Bioökonomie Baden-Württemberg](#)

Biogasstrategie Baden-Württemberg: mlr.baden-wuerttemberg.de

Informationen aus dem Ressort des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus:

<https://www.stmelf.bayern.de/landwirtschaft/nawaro/energetische-nutzung/index.html>

<https://www.lfl.bayern.de/iba/energie/031607/index.php>

<https://www.carmen-ev.de/biogas-informationskampagne/>